

Simonis, Udo E.

Article — Digitized Version

Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?

Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1986) : Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?, Universitas: Orientieren! Wissen! Handeln!, ISSN 0041-9079, Hirzel, Stuttgart, Vol. 41, Iss. 5=480, pp. 505-512

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112067>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

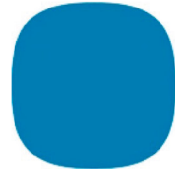
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Nord-Süd-Gefälle im Umweltschutz?

Prof. Dr. Udo E. Simonis, Berlin

Internationales Institut für Umwelt und Gesellschaft

Im letzten Jahrzehnt haben die Begriffe mit denen die wechselseitige Abhängigkeit von „Nord“ und „Süd“, von Industrieländern und Entwicklungsländern, beschrieben werden soll, mehrfach gewechselt: „Nur diese eine Erde“, „Global 2000“, „Raumschiff Erde“, der „Blaue Planet“. Sie alle aber wollen sagen, daß es für Nord und Süd inzwischen um mehr geht, als nur um sinnvolle und gerechte Arbeitsteilung – nämlich darum, von der *Absicht*, lediglich um des beiderseits vermehrten Wohlstandes willen zusammen zu arbeiten, zu der *Einsicht* zu gelangen, zugunsten der gemeinsamen Überlebensfähigkeit auch gemeinsam zu handeln.

So sei an den zweiten Bericht der Nord-Süd-Kommission von 1983 (den sog. „Brandt-Bericht“) erinnert, in dem Maßnahmen gegen die weltweite Umweltkrise als ein gemeinsames Interesse bezeichnet werden:

„Wachsender Druck auf das verfügbare Land, zunehmender Einsatz von Chemikalien, Wüstenausbreitung und Entwaldung vermindern die Produktivität des Bodens in vielen Teilen der Welt. Die Abholzung, unvorsichtiger Gebrauch von Chemikalien und Düngemitteln und die Bodenerosion zerstören das landwirtschaftliche Potential und verursachen ernste Schäden an der Umwelt. Wir unterstreichen daher den Bedarf an Mitteln, mit deren Hilfe diese Prozesse des ökologischen Verfalls gestoppt und umgekehrt werden müssen, der inzwischen das Ausmaß eines Notstandes erreicht hat.“

Auch andere Berichte aus jüngster Zeit – so z. B. der erste Zehnjahresbericht des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP) – zeugen von einem gestiegenen Bewußtsein über die wechselseitige Abhängigkeit von Ökonomie und Ökologie – und sie haben dazu beigetragen, zwei Seiten dieser Abhängigkeit deutlich werden zu lassen: Einerseits gibt es Vorteile für alle aus einer besseren internationalen Kooperation; andererseits gibt es Nachteile für alle, wenn eine bessere Kooperation nicht zustande kommt. An drei Beispielen – an drei ökonomisch-ökologischen Problembereichen – im Nord-Süd-Zusammenhang sollen diese Fragen aufgezeigt werden: dem *Artenschwund*, dem

Rückgang tropischer Wälder und der *unzureichenden Umweltschutzgesetzgebung*. Diese drei Beispiele finden sich vor allem in den Entwicklungsländern und werden von vielen Menschen im Norden lediglich als „ferne Probleme des Südens“ begriffen. Umgekehrt aber erkennen viele Menschen im Süden, daß nicht wenige Umweltprobleme vom Norden direkt verursacht oder indirekt vermittelt werden – *direkt* durch wirtschaftliche Interessen, *indirekt* durch Institutionen des Wissens- und Technologietransfers. Daß es sich dabei um „gemeinsame Probleme“ handeln könnte, für die gemeinsam nach tragbaren Lösungen gesucht werden muß, mag für viele in Nord und Süd noch neu sein; dies ist jedoch die Herausforderung: Das Umweltproblem, die Ökologiefrage muß Bestandteil des „Nord-Süd-Dialoges“ werden. Warum?

Der Rückgang der Artenvielfalt

Etwa 25.000 Pflanzenarten und mehr als 1.000 Tierarten sind vom Aussterben bedroht. Eine von zehn terrestrischen Arten könnte im Laufe dieses und des nächsten Jahrzehnts aussterben. Ein Aussterben in diesem Umfang wäre ohne Beispiel in der Menschheitsgeschichte.

Etwa zwei Drittel aller Arten und die Mehrzahl der gefährdeten Arten finden sich in den Entwicklungsländern; die Tropenwälder allein beheimaten etwa 40% aller Arten.

Diese wenigen Zahlen machen bereits deutlich, welche unmittelbaren Gefahren für den quantitativen Gesamtbestand an Tier- und Pflanzenarten der Welt sich aus der anhaltenden übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen in Entwicklungsländern ergeben können. Ein Verlust an Arten in der genannten Größenordnung in Entwicklungsländern hätte auch mittelbare weltweite Effekte, Effekte auf die zukünftige Entwicklung der Landwirtschaft und Industrie, auf die Gesundheit und die Lebensqualität im allgemeinen.

Durch den quantitativen Verlust an vorhandenen Arten wird aber auch die *Qualität* der verbleibenden Arten beeinträchtigt. So haben beispielsweise viele wichtige Nutzpflanzen in den Industrieländern eine nur beschränkte genetische Basis. Der Verlust an Arten in Entwicklungsländern reduziert entsprechend die Möglichkeiten, die Nutzpflanzen in den Industrieländern zu stabilisieren oder deren Ertragsfähigkeit zu steigern. Viele medizinische und pharmazeutische Produkte in Industrieländern beruhen direkt oder indirekt auf der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern: So werden z. B. rund 40% der verwendeten Heilmittel ganz oder teilweise aus natürlichen Produkten gewonnen,

die wiederum zum großen Teil aus Entwicklungsländern stammen. Auch das Innovationspotential – und damit die ökonomische Zukunft – der Bio-Technologie ist auf genetische Reserven aus Entwicklungsländern angewiesen.

Trotz dieser offensichtlichen wechselseitigen Beziehungen zwischen Ökologie und Ökonomie schreitet der endgültige Verlust an Arten weltweit weiter voran. In den Industrieländern hat man inzwischen das Problem erkannt, und erste Schritte zu seiner Lösung sind eingeleitet. In den Entwicklungsländern aber fehlt es nicht allein an Wissen und know how; es fehlt auch an ökonomisch realisierbaren Alternativen – und es fehlt vor allem an Anreizen zum Schutz der Arten. Die Entwicklungsländer haben offensichtlich zu wenig ökonomische Vorteile, die damit verbunden sein müßten, wenn die heimische Artenvielfalt durch die Industrieländer genutzt wird. Hieraus wiederum resultiert ein zu geringes Interesse der Entwicklungsländer am langfristigen Artenschutz. Ein wenig ausgeprägtes Langfristedenken und die Überlebenslogik des Alltags kommen hinzu. So fehlt ein Glied in der Kette zwischen der ökonomisch sinnvollen Nutzung und dem Schutz der naturgegebenen Rohstoffquellen. Einmal genutzt oder exportiert ist der Wert der natürlichen Ressourcen dahin, eine Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie in den Entwicklungsländern ist noch nicht Ziel nationaler Entwicklungspolitik.

Die ökologisch-ökonomische Abhängigkeit im Nord-Süd-Zusammenhang führt so dazu, daß ein alarmierender Verlust an Arten in den Entwicklungsländern Gesundheit und Wohlstand in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern beeinträchtigen wird. Daher sollte ein gemeinsames Interesse von Nord und Süd darin liegen und dazu motivieren, den Rückgang der Artenvielfalt in den Entwicklungsländern rasch und wirksam zu bremsen.

Die rapide Abnahme tropischer Wälder

Aus vielen neueren Studien ergibt sich, daß die tropischen Wälder in einem Ausmaß und einer Art und Weise genutzt, ja ausgebeutet werden, die ökologisch und ökonomisch nicht zu rechtfertigen sind. Bereits 40% aller ehemaligen tropischen Waldbestände sind verschwunden (Weltbank und World Resources Institute, Oktober 1985). Die jüngsten Schätzungen über die laufende Abnahme der Waldbestände liegen zwischen 7,6 Millionen Hektar und 11 Millionen Hektar jährlich – und, wenn man die qualitative Verschlechterung der Waldbestände einschließt, kommt man auf eine entsprechende Größenordnung von 20 Millionen Hektar jährlich. Demgegenüber werden zur Zeit

erst etwa 10% der Flächen, die abgeholzt werden, wieder aufgeforstet. Betriebswirtschaftlich gesehen, sollen diese Abholzungs- und Nutzungsaktionen die Ertragslage kurzfristig verbessern; volkswirtschaftlich gesehen, um Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und eine stabilisierte Zahlungsbilanz zu erreichen; weltwirtschaftlich gesehen entspricht dem damit einhergehenden *Süd-Nord-Transfer* an Natur-Kapital ein bestimmter Nord-Süd-Transfer an Geld-Kapital, d. h. monetärem Einkommen. Wie sich jedoch dieses Einkommen endgültig verteilt, ist unbestimmt, da multinationale Konzerne, Zwischenhändler usw. mit im Spiel sind, sodaß nicht definitiv gesagt werden kann, ob und in welchem Umfang diese Art des Wirtschaftens den Entwicklungsländern wirklich zugute kommt. Definitiv aber ist der Verlust an Naturbeständen!

Die Formen und Gründe des Raubbaus am Wald sind von Region zu Region und Land zu Land unterschiedlich. Weltweit betrachtet hat man die Quote des Holzeinschlages in tropischen Wäldern, der auf Brennholz und Holzkohleproduktion einerseits und industrielle Verwendung andererseits entfällt, auf 4 : 1 geschätzt. In einigen Ländern steht jedoch der Export in die Industrieländer im Vordergrund, d. h. die natürlichen Ressourcen der Entwicklungsländer werden für unsere Zwecke genutzt. Daneben ist der Energiebedarf zu nennen, die zunehmende Knappheit an Brennholz in vielen Ländern Asiens und Afrikas, die vielerorts längst zur Brennholzkrisis geworden ist. Hieraus entstehen wiederum aufgrund der ökologischen Systemzusammenhänge vielfältige und schwerwiegende Folgen. Der genannte UNEP-Bericht beschreibt das Kernproblem in wenigen Worten: „Die Notwendigkeit zu überleben, verleitet zu Handlungen, wie dem Fällen von Bäumen, um Energie und Wärme heute zu sichern, obwohl eben dies bedeutet, daß die Ernte und das Brennholz von morgen gefährdet werden.“

Weitreichende ökologische Effekte können daher aus kurzfristigen ökonomischen Entscheidungen entstehen: Erosion, Überschwemmungen, verändertes Klima, Versalzen von Bewässerungssystemen und hydroelektrischen Anlagen – wodurch schließlich wiederum nicht nur die Exportfähigkeit gefährdet wird, sondern die Überlebensfähigkeit vor Ort.

Auf seiten der UNEP schätzt man, die Waldreserven in Malaysia und den Philippinen können in ca. 10 Jahren weitgehend erschöpft sein, die Wälder Thailands in ca. 25 Jahren.

Angesichts solcher Tendenzen werden lokale und nationale Praktiken des Holzverbrauchs zu globalen Problemen; umso dringender ist es, ein einfaches traditionelles ökologisches Prinzip der Holzwirtschaft weltweit wieder zu ent-

decken und strikt zu beachten, nämlich: „Nicht mehr Holz einzuschlagen als nachwächst!“

So einfach die Anwendung dieses Prinzips unter normalen ökonomischen Bedingungen erscheinen mag, so schwierig wird es, wenn die ökonomischen Grundbedürfnisse nicht erfüllt sind – zu denen Nahrung und Wohnung, Essens- und Warmhalten gehören. In vielen Entwicklungsländern reduziert kurzfristige Entscheidungsnot also die langfristige Entscheidungsfähigkeit.

Wird der Wald verstärkt genutzt, um den Energiebedarf durch Brennholz und Holzkohle kurzfristig zu sichern, gefährdet das langfristig das Überleben im Rahmen der lokal verfügbaren Rohstoffbasis. Die Wälder für den verstärkten Holzexport abzuholzen, um kurzfristig die Handelsbilanz zu stabilisieren, gefährdet langfristig die Exportfähigkeit des Landes in diesem Sektor.

Das Beispiel der raschen Abholzung der tropischen Wälder macht auch einen anderen Zusammenhang deutlich: Die Summe der Umweltschutzmaßnahmen in einzelnen Ländern ist kein hinreichender Ansatz, Umweltprobleme im Weltmaßstab zu lösen. Nationale Umweltpolitik, wie z. B. der Schutz des Waldes in den Industrieländern oder der angestrebte Stop des Waldsterbens hier in der Bundesrepublik allein genügen nicht. Der Erfolg oder Mißerfolg der Umweltpolitik ist nicht innerhalb nationaler Grenzen meßbar, weil die meisten Umweltprobleme nicht an der Grenze halt machen.

Die Umweltbedingungen in den Entwicklungsländern und in den Industrieländern hängen auch noch über andere ökonomische Ketten miteinander zusammen. Eine rückläufige Bodenfruchtbarkeit in Entwicklungsländern bei weiterer Bevölkerungszunahme fördert z. B. die Nahrungsmittelproduktion in den Industrieländern für Export und für Überlebenshilfen – und fördert somit die weitere Chemisierung unserer Landwirtschaft, aus der sich wiederum die Gefahr zunehmend belasteter Böden und Gewässer ergibt – und damit letztlich eine Gefahr für den Menschen selbst.

Die Nachteile eines raschen Abbaus der tropischen Wälder sind für die Entwicklungsländer und für die Industrieländer langfristig gravierend. Obwohl sich die unmittelbaren Effekte der zurückgehenden Waldbestände in den Entwicklungsländern zeigen, sind die ökologischen und die ökonomischen Rückwirkungen für die Welt als ganzes alarmierend. Einige der Konsequenzen des „zu wenig dagegen tun“ und des „zu spät Handelns“ werden auch nicht wiedergutmachen sein. Gemeinsames und rasches Handeln ist deshalb jetzt gefordert. Die Weltbank schätzt, daß 8 Milliarden Dollar (also nur 20 Milliarden DM) benötigt würden, den Trend zum Verlust der tropischen Wälder zu

stoppen. Diese Mittel müßten aufzubringen sein, denn: Die Industrieländer und die Entwicklungsländer haben gemeinsame Interessen, wenn auch vielleicht unterschiedliche Gründe für eine rationalere Nutzung der natürlichen Ressourcen.

Die unzureichende Umweltschutzgesetzgebung

Im letzten Jahrzehnt stammte insgesamt gesehen fast die Hälfte aller industriellen bzw. industrienahen Investitionen in der Dritten Welt nicht aus den Entwicklungsländern selbst; sie waren vielmehr extern vermittelt, im wesentlichen über multinationale Unternehmen. Ein großer Teil dieser ausländischen Investitionen bezog sich darauf, die natürlichen Ressourcen zu nutzen und auszubeuten (wie Brennstoffe, Mineralien, Holz, Fisch usw.), die jedoch wiederum zum Großteil in den Industrieländern verbraucht werden. Zudem siedelten sich bestimmte Industrien in verstärktem Maße in Entwicklungsländern an. Diese Tendenz war besonders deutlich bei einigen traditionellen industriellen Großverschmutzern, wie Stahl, Aluminium, Asbest, Chemikalien. Trotzdem ist die Frage strittig, ob die Unterschiede in den Umweltstandards und den Umweltschutzbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern *der* entscheidende Faktor bei solchen Standortentscheidungen sind, weil andere Faktoren mit hineinspielen, wie die verfügbaren Rohstoffe, Größe des Binnenmarktes, Lohn-, Energie- und Transportkosten. Es ist aber auffallend, daß die Entwicklungsländer dem industriellen Umweltschutz keine hohe Priorität beigemessen haben, wenn mit multinationalen Unternehmen Vereinbarungen verhandelt wurden. Nicht nur Bhopal ist hier ein Beleg. Steuern, Devisenkontrollbestimmungen, Beschäftigungsgarantien und Technologietransfer waren stets bedeutsamere Themen als Umwelt- und Menschenschutz. Die meisten der bisherigen Vereinbarungen zwischen Entwicklungsländern und multinationalen Unternehmen enthalten entweder keine oder nur begrenzte Bestimmungen zum Umweltschutz. Nach einer Studie der UNCTAD über 21 Vereinbarungen im Bergbausektor sahen 9 überhaupt keine, 12 dagegen nur ganz allgemeine Vorkehrungen gegen Umweltprobleme vor. Bisher hat es auch keinen nennenswerten Druck von seiten der Entwicklungsländer auf die Industrieländer bzw. multinationale Unternehmen gegeben, den gegebenenfalls vorhandenen Handelsvorteil niedriger Umweltstandards zu ihren Gunsten zu ändern.

Umsomehr besteht ein Handlungsbedarf, die Umweltstandards internatio-

nal anzupassen – und zwar nicht nur im regionalen, grenzüberschreitenden Bereich, wie z. B. im Falle des Abgaskatalysators in Westeuropa oder im West-Ost-Zusammenhang, was die *transnationale* Luftverschmutzung angeht. Was den Nord-Süd-Zusammenhang angeht, so besteht für die Entwicklungsländer ein drohendes Problem darin, wegen niedriger Umweltstandards bei der Produktion die Absatzchancen für ihre Produkte in Industrieländern zu verlieren oder erst gar nicht zu erhalten. Da bei einer effektiver werdenden nationalen Umweltpolitik der Industrieländer im Import von Umweltproblemen aus dem Ausland ein weiteres Risiko liegt – wie z. B. im Re-Import des bei uns verbotenen DDT über den Import von Nahrungsmitteln – wird der Druck in Richtung einer aktiven Umweltpolitik in Entwicklungsländern auch aus diesen Gründen zunehmen. Insgesamt also: Belege genug für die wechselseitige ökologische Abhängigkeit von Nord und Süd, die über die bestehende ökonomische Verflechtung vermittelt wird.

In einem gemeinsamen Bericht von UNCTAD und UNEP über den Zusammenhang von Umwelt und Außenhandel werden u. a. folgende Vorschläge gemacht: – Die Regierungen rohstoffreicher Entwicklungsländer sollten alsbald eine Umweltgesetzgebung aufbauen. – Umweltschutzgesichtspunkte sollten in allen Verträgen über den Abbau natürlicher Ressourcen in Entwicklungsländern stärker berücksichtigt werden. – Ressourcenabbau und Ressourcenexporte sollten stärker besteuert werden; aus diesem Steueraufkommen könnten die schon vorhandenen bzw. zukünftig entstehenden Umweltschäden behoben werden.

Die Teilhabe an den möglichen Vorteilen des internationalen Systemzusammenhangs erfordert es, gemeinsam zu vereinbarende Spielregeln einzuhalten. Diese Einsicht dürfte nicht nur für ökonomische Spielregeln gelten, sondern mehr und mehr auch für solche ökologischer Art. Dies bedeutet nicht, daß die Umweltstandards und sonstigen Umweltschutzbestimmungen in Industrie- und Entwicklungsländern identisch sein müssen. Es gibt zweifellos einen spezifischen Zusammenhang zwischen Umweltschutz und Einkommenszunahme. Das kann bedeuten, daß in armen Ländern die Notwendigkeiten, das Einkommen zu steigern, stärker als das in Industrieländern der Fall ist, mit der Notwendigkeit konkurriert, die natürlichen Ressourcen zu schützen. Doch dürfen die Entwicklungsländer nicht auf Umweltschutz verzichten oder ihre natürlichen Ressourcen in Zukunft im selben Maße und in gleicher Weise ausbeuten lassen, wie dies in der Vergangenheit der Fall war und weiterhin noch üblich ist.

Zwischen Ökonomie und Ökologie

Werden die dargestellten Zusammenhänge zwischen ökonomischen und ökologischen Problemen in Entwicklungs- und Industrieländern allgemein besser erkannt, dann schafft das – so denke ich – zugleich „gemeinsame Interessen“ zwischen Nord und Süd. Es gilt, diese Erkenntnis mehr und besser als bisher zum Gegenstand internationaler Diskussion zu machen.

Ohne Zweifel wird die Ernsthaftigkeit und die Intensität, mit der dieses Thema behandelt wird, abhängig sein vom jeweiligen Zeithorizont der Beobachter, den „*teleskopischen Fähigkeiten*“ der Beteiligten: Je weiter der Zeithorizont, umso deutlicher wird der enge Zusammenhang von Umwelt und Entwicklung, von Ökologie und langfristiger Überlebensfähigkeit – umso klarer dürfte aber auch werden, daß die Trennung in Erste, Zweite und Dritte Welt aus ökologischer Sicht verfehlt ist. Der „blaue Planet“ muß als eine ökologische Einheit begriffen werden. Ein ökologisches Nord-Süd-Gefälle kann sich die Menschheit nicht länger leisten.

Zum Autor

Prof. Dr. *Udo Ernst Simonis* studierte in Mainz, Wien und Freiburg Volkswirtschaftslehre und übernahm 1973 nach längeren Forschungs- und Beratungsaufenthalten in Japan, Hongkong und Sambia eine Professur an der Technischen Universität Berlin. Seit 1981 leitet er als Direktor das Internationale Institut für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen liegen vor. Der vorliegende Beitrag geht auf Ausführungen zurück, die der Autor anlässlich eines Rundfunkvortrages im Süddeutschen Rundfunk vorgestellt hat.